

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Nachwort

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1992) : Nachwort, In: Rainer Eckert, Wolfgang Küttler, Gustav Seeber (Ed.): Krise - Umbruch - Neubeginn: eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90, ISBN 3-608-91368-8, Klett-Cotta, Stuttgart, pp. 468-479

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112366>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

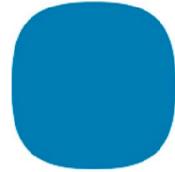
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

Nachwort*

Fast alle Beiträge zu diesem Band sind zwischen November 1989 und Ende 1990 entstanden. Aus der Perspektive des Jahres 1992 wirken sie keineswegs abgestanden oder überholt, sondern lebendig und aktuell. Man sieht daran, daß die Krise, die sie behandeln, noch nicht überwunden ist.

Die Historiker der DDR haben zum Umbruch von 1989/90 wenig beigetragen. Die meisten stützten das System, solange es existierte. Jedenfalls sagten sie öffentlich nichts dagegen. In der Revolution traten sie nicht hervor. Einige Autoren dieses Bandes heben dies kritisch hervor, indem sie die passiven Historiker mit den aktiveren Schriftstellern vergleichen. Sie könnten auch die DDR mit der Sowjetunion, mit Warschau, Budapest und Prag vergleichen, wo die akademische Intelligenz den Umbruch entschieden förderte und bisweilen an seine Spitze trat. In der DDR war das anders, sei es, weil die intellektuelle Migration und Ausbürgerung der vorangehenden Jahrzehnte das Land von den kritischen Geistern entblößt hatte, sei es, weil es der SED besser als ihren östlichen Schwesterparteien gelang, die Akademiker und Intellektuellen einzubinden, sei es aus anderen Gründen.

Vor der Wende – auch noch kurz vor ihr – schrieben viele der in diesem Band versammelten Historiker ganz anders. Dieser Band kann und will das nicht dokumentieren. Damit umgeht er allerdings ein zentrales Problem, das in vielen der hier abgedruckten Beiträge stillschweigend mitgedacht oder direkt angesprochen wird: das für Wissenschaftler besonders gravierende Problem der intellektuellen Konsistenz, mit dem die Frage der Glaubwürdigkeit eng zusammenhängt. „Diejenigen, die ständig auf Weisung der Partei die Geschichte umgeschrieben haben, schreiben nun ihre eigene Geschichte um“ (S. 232).

Die Historiker in der DDR haben zum Umbruch von 1989/90 wenig beigetragen, aber einige von ihnen haben darauf reagiert, schnell, produktiv und ganz unterschiedlich: zornig bis defensiv, trotzig bis wendehälsig, mit Selbstkritik und mit Selbstrechtfertigung, aufatmend, beklommen oder unsicher, verschiedenartig, je nach Stellung und Integrationsgrad bis 1989, je nach politischer Haltung, Alter und Temperament. Dieser Band läßt keinen Zweifel daran.

Ist er repräsentativ? Es dominieren zum einen Historiker aus den mittlerweile aufgelösten geschichtswissenschaftlichen Instituten der Akademie der Wissenschaften der DDR, zum anderen solche vom Unabhängigen Historiker-Verband (UHV), die

* Februar 1992. Die Seitenverweise im Text beziehen sich auf den vorliegenden Band.

aber auch mehrheitlich aus den Akademie-Instituten kommen und in deren Nischen herangewachsen sind (S. 234). Viele Autoren stammen aus dem geschichtswissenschaftlichen Establishment, aber die jungen, kritischen Herausforderer finden sich relativ zu ihrer an sich sehr begrenzten Zahl noch stärker vertreten. Historiker aus den Universitäten sind in der Minderheit, wahrscheinlich meldeten sie sich auch tatsächlich weniger zu Wort. Nur zwei Frauen finden sich unter den Autoren. Die besonders linientreuen und ideologisch tonangebenden, mittlerweile ganz aus dem Rampenlicht (zum Teil wohl auch aus der Profession) gedrängten Historiker aus dem Institut für Marxismus-Leninismus der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED oder den Parteihochschulen tauchen in diesem Band kaum auf (Ausnahme: G. Benser), obwohl manche von ihnen Ende 1989/Anfang 1990 an den öffentlichen Diskussionen teilnahmen. Überhaupt fehlen manche scharf-defensiven Stimmen; die DDR-Historikerschaft erscheint in diesem Band wandlungsfähiger und wandlungsbereiter als sie es im Durchschnitt war oder ist. Ohnehin läßt sich die erdrückende schweigende Mehrheit auf diese Weise nicht dokumentieren. „Die etablierte Historikerkunft der DDR . . . ist mit dem eigenen Überleben beschäftigt und schweigt“ (S. 106). Mit diesen Einschränkungen ist der Band repräsentativ. Auch mit seinem großen Übergewicht an Berlinern reflektiert er die Realität. Eine ähnliche Konzentration kannte die alte Bundesrepublik nicht. Diese Zentralisierung erleichterte die politische Gängelung und förderte die Verstaatlichung der Intelligenz.

Eine ausführliche Dokumentation der westdeutschen Diskussion hat der Band nicht zum Ziel.¹ Nur ansatzweise läßt er erkennen, daß sich auch die Standpunkte der Westdeutschen vor und nach 1989 unterschieden. Vor 1989 herrschte die systemimmanente Kritik an der DDR-Geschichtswissenschaft vor, die von der Stabilität des kritisierten Systems ausging. Seit 1989 gewinnt die Kritik „von außen“ an Boden, sie wirkt grundsätzlicher, politischer und moralischer, hoffentlich nicht auch selbstgerechter. Aber der Abdruck einiger westdeutscher Kommentare macht darauf aufmerksam, daß die Interventionen der westdeutschen die Stellungnahmen der ostdeutschen Historiker nach dem November 1989 ebenso beeinflussten wie die Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik die der DDR in den Jahren zuvor (teilweise auch umgekehrt – S. 184). Die vergleichende Lektüre ergibt überdies, daß die härtesten Vorwürfe an die Adresse von DDR-Historikern nicht von westdeutschen Kritikern, sondern von ostdeutschen Betroffenen und Kollegen geäußert wurden. Dies entspricht der allgemeinen Erfahrung der letzten zwei Jahre: Auf diesem Gebiet findet nicht primär eine Auseinandersetzung zwischen „Ossis“ und „Wessis“ statt; die Kämpfe zwischen „gelernten DDR-Bürgern“ sind oftmals viel heftiger.

Abgesehen von der viel früheren Stellungnahme Ernst Engelbergs und der scharfen Kritik Hartmut Zwahrs vom 3. November 1989 wurden sämtliche hier abgedruckten Stellungnahmen von DDR-Historikern nach dem 6. November 1989 verfaßt. An diesem Tag meldete sich das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED mit einer Verlautbarung zu Wort, die als schroffe Kurskorrektur, Ermütigung zur Kritik und Absage an politische Dienstbarkeit der Historiker verstanden

werden mußte (S. 371). Dies war drei Wochen nach der Wende an der Spitze der SED, aber noch vor dem Fall der Mauer. Erst danach kam die Historiker-Diskussion in Gang, und zwar sehr schnell (siehe S. 371 ff., 275 f.). Keiner der Stellung nehmenden Historiker verteidigte das zerfallende Ancien Régime, allen war das Bewußtsein gemeinsam, sich in einer tiefen Krise zu befinden, in der es um Kritik und Neuorientierung ging. Im übrigen waren die Argumente vielfältig und änderten sich rasch. Zum Beispiel begründete Heinrich Scheel seine Abweichung gegenüber Manfred Kossok am 10. Februar 1990 damit, daß er 14 Tage später schreibe als dieser (S. 165)! Aber vielleicht kann man in Anlehnung an Peter Hübner (S. 441 f.) ganz grob zwischen drei Phasen unterscheiden. Erstens: Ende 1989 und Anfang 1990 zielten die meisten Beiträge auf die mehr oder weniger durchgreifende Erneuerung einer selbständig bleibenden DDR-Geschichtswissenschaft. – Zweitens: Seit Mitte Februar begann man von der „Aufhebung“ einer erneuerten ostdeutschen innerhalb einer entstehenden gesamtdeutschen Geschichtswissenschaft zu sprechen, ohne nach dieser Vereinigung zu streben. – So ausgeprägt die ideologischen und inhaltlichen Absetzungsbewegungen gegenüber der alten DDR-Geschichtswissenschaft in diesen beiden ersten Phasen bei einigen Autoren auch waren, das Bewußtsein eines institutionell-personellen Umbruchs war damit nicht notwendig verbunden. Diesen forderte zwar eine Minderheit von Historikern um den UHV seit spätestens Mai 1990, aber noch im September klagten Sprecher des UHV beredt, daß sich institutionell und im Leitungspersonal noch kaum etwas geändert habe (S. 231 ff., 435 f.). – Drittens: Erst seit Herbstanfang 1990 kam das Bewußtsein dazu, daß auch institutionell und personell große Einbrüche bevorstünden oder schon stattfänden (S. 440 ff., 452). Das Vergangenheitsbewältigungsmuster, das nach 1945 im Westen praktiziert worden war – viel institutionell-personelle Kontinuität bei gleichzeitiger radikaler Absage an das „Gedankengut“, die offizielle Ideologie und die politischen Inhalte der vergangenen Diktatur –, scheint vielen DDR-Historikern während eines großen Teils des Jahres 1990 vorgeschwebt zu haben. Die Affäre um Joachim Herrmann (S. 435 ff.), Veränderungen in den Akademie-Instituten (z. B. S. 433), erste Auswirkungen der Wissenschaftsrats-Evaluation, vielleicht auch der Bochumer Historikertag (S. 236) und sicherlich die sich abzeichnende Diskussion über die „Abwicklung“ (S. 258) dürften dazu beigetragen haben, daß diese Erwartung erschüttert wurde. Im kulturwissenschaftlichen Bereich wird der Einschnitt von 1989 ff. im Osten tiefer und wirksamer ausfallen als der von 1945 ff. im Westen, wie ja umgekehrt die Hochschulen und besonders die Kulturwissenschaften von den 40 DDR-Jahren viel stärker verwandelt worden sind als von den zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft.

Wer immer sich zur Vergangenheit der Historiker in der alten DDR äußert, tut es in diesem Band kritisch. In dieser Hinsicht ist der Konsens sehr breit, zumindest verbal. Niemand verteidigt die unwissenschaftliche Parteilichkeit der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft, die doch von Lehrbüchern (z. B. Eckermann/

Mohr), Kampfschriften (z. B. von Lozek und Irmschler) oder Grundsatzartikeln (z. B. von W. Schmidt) über Jahrzehnte propagiert worden ist. Im Gegenteil, die langjährige Indienstnahme der Geschichtswissenschaft als „Magd der Politik“, ihre Instrumentalisierung und Beschädigung durch parteipolitische Vorgaben, ideologische Beschränkungen und wissenschaftsfremde Eingriffe, ihre fehlende innere Vielfalt, ihr Dogmatismus (dieses Wort wird allerdings nicht benutzt) werden fast durchweg kritisiert, wengleich diese Kritik in sehr unterschiedlichen Tonlagen und verschieden nachdrücklich daherkommt: hart und empört aus der Feder lange verdrängter Außenseiter, die ihre Wissenschaft nicht kompromittierten und dafür Nachteile in Kauf nahmen (S. 201 ff.); „gallebitter“ und nicht ganz ohne Scham bei anderen, die Teil des Systems waren, aber randständig-einflußarm blieben und sich wenig vorzuwerfen haben, aber viel zugute halten können (S. 24 ff.); zornig, moralisch und unbedingt bei den jungen nicht-diskreditierten Mitgliedern des UHV (S. 170 f., 105 ff., 111 ff., 113 ff., 419 ff., 435 ff.); erstaunlich weitgehend, wengleich ohne Selbstaufgabe und mit vielen Differenzierungen bei mancher ehemaligen Leitungsfigur (S. 175 ff., auch 152 ff.); bei anderen trotzig-sarkastisch, bewußt Renegatentum und Wendigkeit meidend und mit Stoßrichtung gegen den Mißbrauch der Geschichte durch Politik *überhaupt*, statt gegen die eigene Instrumentalisierung in der zerbrochenen Diktatur (S. 75 ff.). Auch an Versuchen, sich selbst mehr als Opfer von Eingriffen und Hemmnissen darzustellen, auch wenn man zu den exponierten „Häuptlingen“ gehörte, fehlt es nicht (z. B. S. 295).

Doch entscheidend ist dies: Die von Christoph Hein ironisch so titulierte „fünfte Grundrechenart“ wird vielfach angesprochen. Sie bestand darin, erst den Schlußstrich zu ziehen und das Ergebnis vorzugeben und dann die Prozesse und Fakten zurechtzufügen, damit das gewünschte Ergebnis zustande kam. Unerwünschtes sei weggelassen, als Nebenerscheinung abgetan oder im Nebel von Abstraktionen aufgelöst worden (z. B. S. 154). Niemand verteidigt, alle kritisieren diese Praktiken. Die meisten Beiträge gehen über die selbstkritische Bezeichnung einzelner „Fehler“ und „weißer Flecken“ hinaus und setzen die Selbstkritik tiefer an, ohne allerdings die Verstrickungen und Resistenzmöglichkeiten der Geschichtswissenschaft unter den Bedingungen der Diktatur systematisch zu analysieren.

Ohne Wenn und Aber spricht man sich für innerwissenschaftlichen Pluralismus und den Verzicht auf wissenschaftliche Monopolansprüche aus, für die Autonomie der Wissenschaft und gegen politische Instrumentalisierung, für eine kritische und selbstkritische Wissenschaft, für Grundsätze, die noch vor kurzem als „bürgerlich“ abgetan wurden. Dies ist zweifellos sehr zu begrüßen und wichtig für die Zukunft. Aber wie erklärt sich dieser weitreichende Konsens? Hat man auf diesem Gebiet lange Positionen vertreten, ohne sie selbst recht zu glauben? Oder hat man die alte Überzeugung so rasch und gründlich geändert? Ober hängt man ihr teilweise weiterhin an, ohne es für möglich oder opportun zu halten, sie offen zu formulieren? Oder gibt man sich – historisierend – mit der Standortgebundenheit auch grundsätzlicher Orientierungen zufrieden? „Aus heutiger Sicht . . .“, auffallend häufig werden Sätze

mit dieser relativierenden Floskel eingeleitet. Hier wünscht man sich weiteren Aufschluß.

Doch was für den Leser aus dem Westen vor allem zählen sollte, ist die vorherrschende Bereitschaft zu relativ weitgehender Traditions-, Selbst- und natürlich auch Fremdkritik, die in den Aufsätzen zum Ausdruck kommt, eine im Kern wissenschaftsangemessene Grundhaltung, die Aufklärung und Verständigung auch in schwierigen Streitfragen ermöglicht, wenn auch nicht garantiert.

Die Auseinandersetzung mit der Rolle der Historiker in der DDR geht in zahlreichen Beiträgen in Überlegungen zu den Ursachen des Untergangs der DDR und zur Bedeutung der Wende von 1989/90 über. Es wird ganz deutlich: Die historische Ursachenanalyse benötigt sehr viel mehr Distanz zum zu erklärenden Phänomen, als diese im Umbruch geschriebenen Beiträge haben konnten. Noch fehlt es am angemessenen Begriff, sogar an der treffenden Bezeichnung für das DDR-System (S. 51 f., 58). Immerhin wird vom „totalitären“ System gesprochen (S. 178, 448), an anderer Stelle von „Diktatur“ (z. B. S. 162, 303).

Will man das Scheitern der DDR erklären, muß man sie als Teil des von der Sowjetunion dominierten kommunistischen Lagers und zugleich als Teil der deutsch-deutschen Geschichte analysieren (als vorläufiger Versuch S. 86–96). Dafür ist in diesen Aufsätzen verständlicherweise kaum Platz. Der Hinweis auf die revolutionäre Volksbewegung und den durch sie bewirkten Aufbruch (z. B. S. 294) erklärt nur wenig. Weiter reicht die These von der „Implosion“, die weite Bereiche der DDR-Gesellschaft, so auch die Welt der Wissenschaft, zunächst einmal gar nicht veränderte (S. 436). Die Kennzeichnung der Wende – oder doch ihres zweiten Teils – als restaurativ (S. 65, 76) läßt sich bestreiten (S. 94). Interessant ist die Beobachtung von A. Graf: Eine Gesellschaft atomisierter Individuen revoltierte gegen den autoritären Staat, begehrte gegen ein engmaschiges Netz von Makro- und Mikromächten auf, das die Freisetzung autonomer Handlungs- und Urteilsfähigkeit behinderte. „Es war eine Revolution der Ideen und Idealisten“ (S. 113).

Zur strukturgeschichtlichen Erklärung des Scheiterns der DDR reicht es sicherlich nicht aus, darauf zu verweisen, daß man den Sozialismus eben unter sehr ungünstigen Umständen habe aufbauen müssen (S. 63 f.). Treffender ist der Hinweis auf die „parasitäre“ Rolle des „parteiadministrativen Systems“ (S. 25), auf die Belastung der Gesellschaft durch Staatspartei und Bürokratien, die sich aufgrund ihrer fehlenden Eigenständigkeit und aufgrund durchgehender Politisierung von Max Webers Idealtypus und der herkömmlichen preußisch-deutschen Bürokratietradition scharf unterschieden. Sicherlich ist es richtig, auf das Wechselverhältnis von inneren Verhärtungen und äußerer Belastung durch die Herausforderungen des Kalten Krieges und der Systemauseinandersetzung überhaupt zu verweisen, wie es mehrfach geschieht (z. B. S. 46 f.).

Vor allem aber wird man die eingebauten Behinderungen der Leistungs- und Innovationsfähigkeit des wirtschaftlichen Systems analysieren müssen, das im Zeit-

alter der „dritten industriellen Revolution“ immer stärker an die Grenzen einer diktatorisch gegängelten Gesellschaftsordnung stieß. Als Widerspruch zwischen möglicher Produktivkraftentwicklung und hinderlichen Produktionsverhältnissen läßt sich das analysieren (S. 88 f.). Darauf verzichten die vorliegenden Aufsätze jedoch. Überhaupt fällt auf, wie wenig Gebrauch sie vom Instrumentarium marxistischer Begriffe machen, um die Krise und den Niedergang der DDR zu analysieren. Die deutlichste Ausnahme stellt Wolfgang Wächters wichtiger Beitrag dar (S. 356–368), der Marxsche Theorien weiterdenkt, um eine kritische formationstheoretische Analyse der „rezenten sozialistischen Gesellschaft“ vorzubereiten. Die Aufsätze von Kinner/Neuhaus und Küttler dringen auf abstrakterer Ebene zur kritischen Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorietradition vor: zur Zurückweisung unhaltbarer Marxscher Theorien (z. B. S. 348), zur Reformulierung eines auch künftig tragfähigen Kerns (z. B. S. 350) und zur notwendigen Historisierung von Marx und Lenin (S. 283–293), die allerdings im Westen schon weit gediehen war und nur für den Bereich des verbindlich institutionalisierten Marxismus-Leninismus einen Aufbruch zu neuen Ufern darstellt.

Recht überzeugend finde ich den in mehreren Beiträgen angedeuteten Ansatz, die Kontinuität zwischen autoritären, unbürgerlichen, illiberalen Traditionen der Geschichte Ost- und Mitteleuropas bis 1917 bzw. 1945 einerseits, den undemokratischen Deformationen der kommunistischen Systeme nach 1917 bzw. nach 1945 andererseits herauszuarbeiten. „Gewiß ist es kein Zufall, daß die Länder des deformierten Sozialismus kein erfolgreiches ‚Jahr 1789‘ kannten; sie verwandelten sich in ‚Genossen‘ ohne zuvor ‚Citoyen‘ gewesen zu sein“ (S. 77). Diese Sichtweise fehlte in der DDR-Geschichtswissenschaft vor 1989. Sie ist mit Interpretationen vereinbar, die unter dem Stichwort „deutscher Sonderweg“ in der Bundesrepublik vertreten wurden. Sie ermöglicht es – wenn man sie konsequent weiterdenkt –, die Geschichte der DDR auch als eine späte Fortsetzung der „German divergence from the West“ zu deuten, zu einer Zeit, als diese in der Bundesrepublik schon zu Ende gegangen war.

Man wird sehen, wie weit das Konzept des „Stalinismus“ trägt, wenn es in Zukunft um die Analyse der Kerngestalt, der Besonderheit und des Mißerfolgs der DDR wie anderer kommunistischer Diktaturen geht. Wolfgang Ruges Beitrag (S. 33 bis 43) führt die Diskussion ein erhebliches Stück weiter. Er liest sich als willkommene Ergänzung von Hermann Webers Definition des „Stalinismus“ (S. 380 ff.), vor allem weil er den Begriff historisch präzisiert und differenziert (dazu auch Kleßmanns Bemerkungen S. 277 ff.). Ruge unterscheidet für die Sowjetunion zwischen klassischem Stalinismus (1928–1953), Poststalinismus (1953–1985) und dem Versuch der Gesellschaftswende seitdem. Für die KPD seit den 20er Jahren und die Anfänge der DDR spricht er von „epigonalem“ Stalinismus und verlangsamter Stalinisierung – vor Eintritt in die auch hier identifizierbare poststalinistische Phase. Ruge betont auch die Wurzeln des Stalinismus in der vorstalinistischen Sowjetunion, d. h. unter Lenin, und er vermeidet damit eine sehr evidente Gefahr des Stalinismus-

begriffs, nämlich die problematische Überbetonung des Unterschieds zwischen Lenin und Stalin und damit die Unterstellung, daß der diktatorische Sündenfall erst im Übergang von jenem zu diesem geschah. So mancher Beitrag tendiert zu dieser schwer haltbaren Sichtweise. Jedenfalls: Je mehr man den Begriff des Stalinismus zutreffenderweise historisiert und entsprechend auch von vor- -und nachstalinistischen Perioden unterscheidet, desto notwendiger wird es, auch einen übergreifenden Begriff zu besitzen, der die DDR zwischen 1949 und 1989 (und die Sowjetunion bis in die späten 80er Jahre) umfaßt. Mir erscheint dafür der Begriff der „kommunistischen Diktatur“ am besten geeignet, deren vorstalinistische, stalinistische und poststalinistische Phasen man dann unterscheiden kann. Das *Ausmaß*, in dem diese Diktaturen „totalitär“ waren, variierte entsprechend.

Die Deutung der Vergangenheit ist immer mit Erwartungen an die Zukunft verbunden, wenngleich meist nur in impliziter und halbbewußter Weise. Auch die Autoren dieses Bandes deuten ihre Zukunftsperspektiven nur zurückhaltend an, meist kann man sie bloß vermuten. Zu Anfang stand wohl bei vielen die Hoffnung auf eine demokratisierte, aber irgendwie sozialistisch und selbständig bleibende DDR im Vordergrund (z. B. S. 26 f., 50, 70 f., 308), wobei das Modell der parlamentarisch-repräsentativen Parteiendemokratie westlicher Prägung die Zukunftsvorstellungen offenbar nicht prägte, wohl aber – bisweilen – die demokratische Volksbewegung vom Herbst 1989. Spätestens Mitte Februar 1990 hatte sich dies geändert. Heinrich Scheel z. B. plädierte nun für soziale Marktwirtschaft auch in der DDR. „Das Nationale ist existentiell“ (S. 165 f.). Die Hoffnung auf eine selbständige, sozialistische DDR verblaßte, Furcht vor den „Wellen nationaler Emotion“ und zukünftiger Gewalt tauchte auf, die „sanfte Gewalt der Vernunft“ habe vorerst keine Chance (S. 78). Die Vereinigung zeichnete sich ab, man hoffte, sie werde nicht als „blanker Anschluß“ vollzogen (S. 178). Die vier Jahrzehnte DDR dürfe man schließlich nicht auf eine bloße Fehlentwicklung reduzieren. „Arbeit und Leben ganzer Generationen sind nicht einfach sinnlos gewesen, sondern haben Leistungen gezeitigt, die eine gewisse Identität begründeten (S. 165, ähnlich 178). So dürften viele – nicht alle – gedacht haben. Allmählich nahm dann die Unsicherheit zu, vermutlich auch der innere Vorbehalt gegenüber der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung. Von der Erneuerungseuphorie, die Ende 1989 nicht gefehlt hatte, war Ende 1990 nicht viel übrig geblieben (S. 452). Wie sich nun Hoffnung und Resignation mischten, lassen die Aufsätze nicht mehr erkennen. Vermutlich bestanden sehr viele Unterschiede zwischen den Beiträgen. Eines aber läßt sich sagen: Für die meisten hier schreibenden Historiker war die Wiedervereinigung Deutschlands weder ein heißer Wunsch noch ein großes Thema. Man kann es verstehen.

Als vielfältig und veränderungsfähig, mehr oder weniger selbstkritisch und als seriöse Gesprächspartner zeigen sich die Historiker aus der ehemaligen DDR in diesem Band, dessen Lektüre gegenüber einfachen Pauschalurteilen immunisiert. Neue Entwicklungen deuten sich an: Die Thematisierung der eigenen Geschichte

unter dem bis 1989 verpönten Begriff des Stalinismus, die Reinterpretation der unmittelbaren Nachkriegszeit und die Revision der bis 1989 besonders verzerrten, ideologisch-apologetischen Geschichte der DDR wurden begonnen, wengleich oft nur halbherzig oder schrittweise (z. B. S. 63–70, 299, bes. 306 f. für Beispiele der Halbherzigkeit bei der Reinterpretation der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED 1946 sowie beim Ersatz des Begriffs „Umsiedler“ durch „Umgesiedelte“, aber noch nicht durch „Vertriebene“). Die Auffüllung der tabuisierten „weißen Flecken“ setzte ein. D. Eichholtz näherte sich einer realistischeren Sicht des deutschen Faschismus, indem er seine breite Verankerung in der Zustimmung des Volkes, auch in Teilen der Arbeiterschaft, einräumte, aber ohne von der verfehlten Dimitroff-Formel ganz abzurücken und ohne die Instrumentalisierung des Nationalsozialismus für die herrschenden Klassen als zentrales Interpretationsmuster zu relativieren (S. 392–407). O. Groehler begann mit einer selbstkritischen Reinterpretation des linken „Antifaschismus“ vor und nach 1945, aber ohne dessen auch schon vor 1947 beobachtbare Blindheit gegenüber stalinistischer Unterdrückung und Verfolgung hinreichend in Rechnung zu stellen (S. 408–418). Einige Neuansätze zur Zeitgeschichte kamen aus dem „Mittelbau“, P. Hübner berichtet darüber und über die „Mehrschichtigkeit“ der nur teilweise publizierten zeitgeschichtlichen Arbeiten vor der Wende (S. 439–451).

Die Überzeugung gewann an Boden, daß die Erneuerung der DDR-Geschichtswissenschaft sich nicht in der Ausfüllung „weißer Flecken“ und in der Korrektur einzelner Verzerrungen erschöpfen dürfe, sondern zur grundsätzlichen Kritik der theoretischen Grundlagen übergehen müsse, zum Beispiel zur Kritik der Formationstheorie und des Fortschrittsparadigmas (S. 177 ff., 345 ff., 452 f.). Daraus scheinen allerdings viele derzeit die Konsequenz zu ziehen, vorerst nicht nach neuen theoretischen Verallgemeinerungen zu suchen, sondern „dem Griff zum authentischen Material und der Unterbreitung unanfechtbarer Quellen den Vorrang zu geben“ (S. 65 f., ähnlich 56). „Es ist nicht die Zeit der großen Entwürfe, sondern die der bescheidenen Annäherungen“ (S. 463).

Insgesamt entsteht ein in sich vielfältiges Bild von der Geschichtswissenschaft der untergegangenen DDR. Von „weißen Flecken“ kontinentalen Umfangs spricht H. Zwahr, von tiefen Zerstörungen, Selbstzensur und Theorieverlust. Die Schreibtische seien nicht mit unbotmäßigen Manuskripten gefüllt (S. 29 f.). An den Folgen werde man lange tragen. Riesige Rückstände gegenüber der internationalen Forschung konstatiert auch R. Badstübner zu Recht (S. 298 f.). Weitere Schwächen der DDR-Geschichtswissenschaft wären zu nennen: die weit getriebene, allzu enge Spezialisierung der meisten Historiker, die Austrocknung ganzer Bereiche (z. B. der Alten Geschichte), eine gewisse Provinzialität.

Die beiden Artikel von A. Fischer/G. Heydemann und W. Schmidt enthalten differenzierte Bilanzen von Stärken und Schwächen der DDR-Geschichtswissenschaft (bes. S. 140 f., 180 ff.).² Der erste Artikel entstand im Westen noch vor der Wende, der andere vom Mai 1990 stammt aus der Feder des damals noch im Amt

befindlichen, lange Jahre sehr einflußreichen Direktors des Akademie-Instituts für Deutsche Geschichte. Beide Bilanzen sind verständlicherweise nicht deckungsgleich, doch stimmen sie in vielem überein, so auch in der positiven Bewertung der Diskussion über „Erbe“ und „Tradition“ seit den späten 70er Jahren. Sie habe zu einem wesentlich differenzierteren Geschichtsbild geführt, bis dahin vernachlässigte Themen untersuchungswürdig gemacht und einige Verzerrungen gemildert. Schmidt berichtet über die im wesentlichen politischen Motive, die zur Erbe-Diskussion seit den späten 70er Jahren führten (S. 182 f.). Er beklagt, daß sie nur auf die Interpretation der Geschichte bis 1917 Wirkung haben durfte, die Zeit danach wurde gegenüber solchen Differenzierungsversuchen abgeschottet. Interessanterweise fügt er hinzu, daß der nicht zuletzt durch ihn selbst neu gefaßte Erbebegriff und das damit verbundene „Bekenntnis zur ganzen deutschen Geschichte“ zu einer „Wiederbelebung nationalen Gemeinschaftsbewußtseins“ führten. „Und dies begünstigte auch nicht unwesentlich die seit den 70er Jahren signifikant zunehmenden Kontakte und Kooperationen zwischen Historikern der DDR und der Bundesrepublik“ (S. 183). Die Erbe-Diskussion als (unfreiwillige) intellektuelle Vorbereitung der späteren Wiedervereinigung?

Eine andere Wertung derselben Entwicklung enthält der interessante Beitrag von H. Schultz. In den 70er und erst recht in den 80er Jahren habe eine konservative Wende im Geschichtsbild der DDR stattgefunden. Die Geschichtswissenschaft sei etatistischer, historistischer und nationaler geworden. Heimatbezogene Idyllisierung, biographische Arbeiten zu großen historischen Gestalten und die beflissene Historikerunterstützung für das Begehen offizieller Jubiläen hätten die herrschaftssichernde Apologetik in der DDR-Geschichtswissenschaft verstärkt. Im Zeichen der Debatte über „Erbe“ und „Tradition“ seien diese Tendenzen in den 80er Jahren nur noch deutlicher hervorgetreten. Die neue Sozialgeschichte habe sich nur gegen diese Tendenz – oder besser: unterhalb ihrer – durchsetzen können, wengleich nicht ohne erhebliche Erfolge (S. 455–463).

Dies ist eine interessante Kontroverse, die hier nicht weiter vertieft werden kann. Insgesamt stellt der Band ein einzigartiges Zeitdokument dar. Er dokumentiert einen vielstimmigen Versuch von Historikern, zu einer historischen Wende Stellung zu nehmen, die noch – mit ungewissem Ende – im Gange war; den Versuch von Wissenschaftlern, ihre Stellung im Untergang eines Systems, dem die meisten aufs engste verbunden waren, neu zu bestimmen, ihre vergangene Rolle zu reflektieren und ihre Zukunft zu retten; die Anstrengung von Intellektuellen, ihrer Verwicklung in eine untergehende Diktatur zu entkommen und das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, Verantwortung und Schuld, professioneller Selbst- und politischer Fremdbestimmung neu zu bedenken. Vor allem die frühen Aufsätze, die von Ende 1989 und Anfang 1990, vermitteln etwas von der spontanen Erregung der Zeit und lassen den Zorn und die Hoffnung, die Überraschung und die Betroffenheit, die Enttäuschungen und die Erwartungen durchschimmern, mit denen diese Historiker als Zeitgenossen den Umbruch erlebten. Die Zerklüftung der Histori-

kerschaft wird deutlich, die Tiefe der Verletzungen, die Härte der Schuldzuweisungen, das vergiftete Erbe zweier Diktaturen, die das wissenschaftliche Leben zutiefst beschädigten.

Seit Abfassung der Beiträge ist die Entwicklung weitergegangen. Der Wissenschaftsrat schloß die Evaluation der Akademie-Institute im Juli 1991 weitgehend ab. Die Umsetzung der Wissenschaftsratsempfehlungen ist mittlerweile weit vorangeschritten. Zum 31. Dezember 1991 wurden die allermeisten Akademie-Institute aufgelöst, so auch die Institute für Deutsche Geschichte, für Allgemeine Geschichte, für Wirtschaftsgeschichte sowie für Alte Geschichte und Archäologie. Dies stellt einen gravierenden institutionellen Bruch dar. Gleichzeitig wurden mehr als 60 Prozent der im Spätsommer 1990 in diesen Instituten beschäftigten Wissenschaftler zur Fortsetzung ihrer wissenschaftlichen Arbeit in anderen organisatorischen Zusammenhängen weiterempfohlen: in den Hochschulen, in neugegründeten Forschungszentren, in anderen Forschungsinstituten, im Rahmen kleinerer Akademie-Vorhaben herkömmlicher Art. Wenn dies gelingt – und dazu braucht es vor allem eine bessere Realisierung des Hochschulerneuerungs- und Wissenschaftlerintegrationsprogramms als bisher –, wird es personell relativ viel Kontinuität geben. Und viele Historiker aus der DDR – besonders die jüngeren – werden zukünftig bessere Arbeitsbedingungen haben als vor 1989, allerdings nicht ohne individuell zu führenden Wettbewerb um die im neuen System knapperen Dauerstellen und ohne die Einbindung in teils beengende, teils absichernde Kollektive. Die Fortführung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft als mehr oder weniger geschlossenes Teilsystem konnte kein Ziel der Neugestaltung sein; die Schaffung guter Weiterarbeitenschancen für viele qualifizierte Individuen und Gruppen dagegen sehr. Daß sie in der Kooperation mit Historikern aus dem Westen das, was an der Geschichtswissenschaft der DDR wertvoll war, einbringen und möglichst viel von den alten Belastungen und Verkrümmungen allmählich hinter sich lassen mögen, ist das Ziel. Daß in diesem Umbruch auch viele Karrieren vorzeitig zu Ende gehen, ist unvermeidlich. Viele Erwartungen werden enttäuscht, Ressentiments entstehen. So unmöglich es ist, das vielfache Unrecht wiedergutzumachen, das politisch mißliebigen Personen bis 1989 in der DDR angetan wurde – etwa durch Relegierung, verhinderte Einstellung oder Beförderung und durch Behinderungen anderer Art –, so unmöglich ist es, neue Ungerechtigkeiten ganz zu vermeiden, die im Zuge der Umgestaltung auftreten mögen.

In den Hochschulen gibt es institutionell viel Kontinuität. Keine einzige Universität wurde geschlossen. Die Sektionen für Geschichtswissenschaft wurden nur in einem Fall (Jena) „abgewickelt“, ansonsten höchstens in ihrem politisch exponiertesten Teilen (z. B. Geschichte des sozialistischen Weltsystems oder Geschichte der DDR, und auch dies nicht überall). Derzeit ist nicht klar erkennbar, wie weit die nötige Erneuerung der Hochschullehrerschaft in den Universitäten gelingen wird, zu der auch die mehr als vereinzelt Berufung von Neuzugängen aus dem Westen gehört, schon um die nötige innere Vielfalt zu erreichen, die bis 1989 systematisch verhindert wurde. Andererseits muß danach gestrebt werden, den politisch nicht

diskreditierten und fachlich qualifizierten Wissenschaftlern aus DDR-Zeiten die Weiterarbeit in den Fachbereichen zu ermöglichen, und zwar nicht in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der zukünftigen gesamtdeutschen Geschichtswissenschaft. Die Zahl der weiter im Amt befindlichen Hochschullehrer ist teilweise sehr hoch (vor allem in den beiden großen Geschichtsfachbereichen der Humboldt-Universität in Berlin und in Leipzig), die Berufung von Neuzugängen ist überall im Gange (sehr entschieden und erfolgreich in der Humboldt-Universität, kaum bisher in Leipzig). Überall dürfte die Entlassung eines erheblichen Teils des bisherigen wissenschaftlichen Personals stattfinden, wobei aber noch zeitraubende, im Ausgang unvorhersagbare arbeitsgerichtliche Auseinandersetzungen zu erwarten sind. Das Ziel ist die „Durchmischung“, die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern unterschiedlicher Herkunft und Sozialisation auch in den Hochschulen. Es ist schwer zu erreichen, aber noch nicht verfehlt. Seiner Verwirklichung wird langfristig zustatten kommen, daß Mitte der neunziger Jahre der Ergänzungsbedarf der Hochschulen in West und Ost aus demographischen Gründen stark anschwellen dürfte.

Der institutionelle und personelle Umbruch in der Ex-DDR ist tiefer als in jedem anderen ehemals kommunistischen Land. Nur hier geht die Transformation als Vereinigung mit einem existierendem, funktionsfähigen, stärkeren Gemeinwesen vor sich. Nur hier steht alternatives Personal gleicher Sprache für den Ersatz bereit, auch sind die finanziellen Mittel weniger knapp als bei den östlichen Nachbarn. Jedenfalls im Vergleich zu Polen und Ungarn kommt hinzu, daß in diesen Ländern der Wandel lange vor 1989 begann, die politische Fremdbestimmung und die Ideologisierung der Geschichtswissenschaft viel weniger tief reichten als in der DDR und insofern auch ein radikaler Wandel dort viel weniger dringlich ist. Diese tiefe Umgestaltung der ostdeutschen Verhältnisse findet übrigens erst im Zuge der Vereinigung statt; in der „Wende“, die wir häufig als Revolution bezeichnen, fehlte sie weitgehend – trotz des entschiedenen Einsatzes einer Minderheit von Historikern, vor allem im UHV.

Seit 1990 hat sich die Diskussion geändert. Einige DDR-Historiker, die sich Anfang 1990 noch äußerten, sind mittlerweile verstummt. Andere sind voll in den neuen Betrieb eingestiegen. Die meisten jüngeren Historiker aus der ehemaligen DDR (außerhalb des UHV) beteiligen sich nicht an der grundsätzlichen Diskussion, sind mit konkreteren Dingen beschäftigt. Die westlichen Beiträge werden seltener und kritischer. Empirisch genaue Bestandsaufnahmen auf Grundlage neuer Quellen stehen noch aus und werden ihre Zeit benötigen. Die berufliche und intellektuelle Unsicherheit ist unter den Historikern der neuen Ländern weiterhin sehr groß, viele halten sich bedeckt, warten ab und wenden sich weniger verfänglichen Teilgebieten zu. Erst allmählich dürften sich die Positionen klären.

Auch insofern dokumentiert der vorliegende Band eine unwiederholbare Debatte, die in manchem klarer, auf jeden Fall spontaner, und bisweilen weniger verdeckt geführt wurde als die jetzige. Sicherlich, vieles bleibt auch in diesem Band ungesagt, greift zu kurz, wird verdrängt, beschönigt oder auch schroff übertrieben. Dies war

keine Diskussion im herrschaftsfreien Raum einer idealen Akademie. Vielmehr dürfte das Streben nach Einsicht und Aufklärung mit einer Vielzahl anderer Zwecke taktisch verknüpft gewesen sein, denen die Stellungnahmen gleichzeitig dienten. Einerseits dokumentiert der Band eine Historikerdiskussion, die von Wissenschaftlern unterschiedlicher Herkunft – von ost-, west- und nichtdeutschen Wissenschaftlern – gemeinsam weiterzuführen ist, mit wissenschaftlichen Argumenten und universalistischen Perspektiven. Andererseits handelt es sich um eine Selbstvergewisserungsdiskussion von Beteiligten und Betroffenen, und der Band tut sehr gut daran, hierbei den Historikern aus der DDR den Vortritt zu lassen. Die Mischung der beiden Diskursebenen macht den besonderen Reiz des Bandes aus, es empfiehlt sich, sie im Auge zu behalten, um Mißverständnisse bei der Lektüre zu vermeiden. Die Beiträge enthüllen einiges von der Mitgift, die die DDR-Geschichtswissenschaft in die entstehende gesamtdeutsche Geschichtswissenschaft einbringt. Zu dieser Mitgift gehören willkommene Leistungserfolge, Qualifikationen und Erfahrungen, zugleich aber besteht sie aus einer bedrückenden Last, zu deren Abarbeitung die hier abgedruckten Aufsätze das Ihre beitragen.

Anmerkungen

- 1 U. Wengst: *Historiker betrachten Deutschland. Beiträge zum Vereinigungsprozeß und zur Hauptstadtdiskussion. (Februar 1990 bis Juni 1991)*, Bonn 1992 (im Erscheinen).
- 2 Vgl. *Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte*, hrsg. von Georg G. Iggers, Frankfurt am Main 1991; *Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR*, hrsg. von Konrad H. Jarausch, Berlin 1991; J. H. Brinks: *Die DDR zwischen Einheit und Abgrenzung. Höhepunkte aus der deutschen Geschichte als Paradigmen politischen Wandels. Luther, Friedrich II. und Bismarck*, Diss. Groningen 1991 (demnächst Frankfurt am Main).